

Belastungen junger Menschen in Folge der Pandemie anerkennen und auffangen

Die Corona-Pandemie hat zu weitreichenden Folgen und Mehrfachbelastungen für junge Menschen geführt. Dabei gehörten die Schulen und Hochschulen zu den ersten Einrichtungen, die konsequent und sehr früh nach Ausbruch des Corona-Virus auf Distanz-Unterricht umstellten. Viele Betriebe haben ihr Ausbildungsangebot aufgrund hoher wirtschaftlicher Unsicherheit drastisch reduziert. Junge Menschen wurden vor ungewohnte Herausforderungen gestellt, einen strukturierten Alltag gab es nicht mehr. Statt gemeinsamen Lernen zwang die pandemische Situation zu Isolation. Freizeitaktivitäten konnten nicht mehr stattfinden, Freundinnen und Freunde nicht mehr getroffen werden. Schulhöfe, Berufsschulklassen und Campusse standen leer. In Folge dieser andauernden Ausnahmesituation nahmen psychische Belastungen unter jungen Menschen deutlich zu. Die Therapie- und Unterstützungsangebote konnten trotz flexibilisierter Zugänge zu digitalen Versorgungsangeboten dem gewachsenen Bedarf nicht gerecht werden.

Schülerinnen und Schüler

Die Schulschließungen und Unterrichtsausfälle führten zu erheblichen Verlusten von Lernstunden. Die Umstellung auf das Homeschooling stellte besonders für lernschwache, bereits vorbelastete sowie für Schülerinnen und Schüler aus Umfeldern mit schlechteren Lernbedingungen Herausforderungen dar, die sich negativ auf den Lernfortschritt auswirkten und bestehende Rückstände vergrößerten. Durch weiterhin andauernde quarantänebedingte Ausfallzeiten werden diese Entwicklungen fortlaufend verschärft.

Durch den Wegfall von Präsenzunterricht und Betreuungsangeboten war der Zugang zu Schutzfaktoren und Hilfesystemen besonders für Kinder und Jugendliche in Hochrisikofamilien eingeschränkt.

Die SPD hat noch in der alten Bundesregierung dafür gesorgt, dass das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 mit dem Ziel starten konnte, Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien dringend benötigte Unterstützung bereitzustellen. Dieser eingeschlagene Weg soll fortgesetzt werden. Dabei ist für die SPD-Bundestagsfraktion besonders wichtig:

1. Das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche soll evaluiert und erfolgreiche Elemente verstetigt werden. Dadurch sollen Familien und Institutionen wie Kitas und Schulen, Vereine und Kinder- und Jugendhäuser dauerhaft gestärkt werden. Einrichtungen und Strukturen der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie sollen zukünftig besser berücksichtigt werden. Im Sinne der Kinder und Jugendlichen soll das geplante „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ optimiert auf den Weg gebracht werden. Auch das Investitionsprogramm für Familien- und Jugendbildungsstätten wollen wir fortführen. Durch eine bedarfsgerechte Ausstattung des Kinder- und Jugendplans wollen wir u.a. auch Jugendverbände bei ihrem Neustart nach der Pandemie unterstützen.

2. Das Startchancenprogramm und das Programm Schulsozialarbeit sollen zügig auf den Weg gebracht werden. Dazu fordern wir die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass beide Programme ab 2023 beginnen. Bei der Auswahl der geförderten Schulen sollen soziale Kriterien Vorrang haben.
3. Zur Unterstützung der Behandlung von auftretenden psychischen und physischen Belastungen ist es notwendig, die im Koalitionsvertrag bereits vereinbarte Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung gerade mit Blick auf die Versorgung von Kindern und Jugendlichen zügig umzusetzen.
4. Angesichts des bundesweiten Mehrbedarfs an pädagogischen Fachkräften sind die beschleunigte Ausbildung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern sowie die Anerkennung ihrer erworbenen Qualifikationen zwingend. Dazu gehört auch das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen bürokratische Hürden abzubauen.
5. Der geplante Bildungsgipfel für ein modernes Bildungssystem und ortsunabhängige Bildungsgerechtigkeit soll im Jahr 2022 zusammenkommen. Die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen zur einer strukturierteren Bildungszusammenarbeit soll zügig erfolgen.
6. Weiterhin im Fokus stehen Digitalpakt Schule und Digitalpakt 2.0, die digitalisierte Lehrerbildung und die Zentralisierung bundesweiter Fort- und Weiterbildungsangebote, die schnelle Prüfung einer Bundeszentrale für digitale Bildung und der Ausbau der Ganztags- und Betreuungsangebote. Auch soll ein Schwerpunkt auf der Förderung auf den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Integrationskursen liegen. Im Gesamtpaket betrachtet besteht mit den großen Programmen von Bund und Ländern die Chance, einen echten Schub im Bildungswesen zu initiieren. Zu berücksichtigen sind dabei auch Schutzkonzepte in Bildungseinrichtungen sowie auch die gezielte Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern und Eltern, um Gewalt im digitalen Raum entgegenzuwirken.

Auszubildende

Die Pandemie hat die ohnehin schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt noch einmal deutlich verschärft. Nicht nur die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist im Jahr 2020 erstmals seit der deutschen Einheit unter 500.000 gesunken; auch die Anzahl abgeschlossener Ausbildungsverträge hat im selben Jahr um zehn Prozent abgenommen.

In der großen Koalition hat sich die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich für den „Schutzschirm für Ausbildung“ eingesetzt - mit entsprechender Unterstützung für Ausbildungsbetriebe und Auszubildende zur Sicherstellung von Ausbildung auch in Krisenzeiten.

Dennoch waren und sind die Herausforderungen groß für diejenigen, die sich bereits in ihrer Ausbildung befanden bzw. befinden. Fast 95 Prozent aller Auszubildenden waren in den letzten zwei Jahren von Homeschooling oder Distanzunterricht betroffen und ein Drittel berichtete, dass die Unterrichtsqualität während Corona abgenommen habe. Zusätzlich mussten auch in den Betrieben pandemiebedingte Einschränkungen und Belastungen verarbeitet werden: Homeoffice, fehlende Arbeitsausstattung, kein Kontakt zur Ausbilderin oder zum Ausbilder, Kurzarbeit, Zwangsurlaub und im schlimmsten Fall Verlust des Ausbildungsplatzes und Betriebsschließungen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass die Berufsausbildung aus der Pandemie gestärkt hervorgeht und dass jedem jungen Menschen ein Ausbildungsangebot gemacht werden kann. Unsere grundsätzlichen Überlegungen dazu haben wir als SPD-Bundestagsfraktion im Positionspapier „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ formuliert. Besonders wichtig ist uns dabei:

1. Mit einer Ausbildungsgarantie, die wir im Koalitionsvertrag fest vereinbart haben, geben wir jungen Menschen das Versprechen auf eine vollqualifizierende, vorrangig betriebliche Berufsausbildung. Als weiteren Baustein zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungsberufen wollen wir nun auch zügig bei der Schulgeldfreiheit von Ausbildungsberufen insbesondere in den Therapie- und Erziehungsbranchen vorankommen.
2. Wir wollen Auszubildende und Ausbildungsbetriebe zusammenbringen und hier Hindernisse abbauen. Dazu stehen gerade die Unternehmen in der Verantwortung, ein ausreichendes Ausbildungsangebot auch in der Fläche zur Verfügung zu stellen. Auch die Ausbildungsmobilität ist dabei zu berücksichtigen. Dazu brauchen wir kostengünstigen Wohnraum, Azubiwohnheime in Ballungsgebieten und flächendeckend günstige Azubi-Tickets.
3. Die Sozialpartner sind aufgefordert, stärker über Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren, Betriebe und Interessierte zusammenzubringen und den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern. In diesem Jahr sollen Ausbildungsmessen in Präsenz und berufsorientierende Praktika wieder möglichst breit angeboten werden, um einen weiteren Rückgang der Abschlüsse von Ausbildungsverträgen zu verhindern.
4. Die Stärkung der Berufsorientierung und der flächendeckende Aufbau von Jugendberufsagenturen sollen mit Blick auf die Pandemiebewältigung beschleunigt und unverzüglich weiter vorangetrieben werden. Das Berufsorientierungsprogramm soll ausgebaut und mit einem stärkeren Praxisanteil versehen werden.
5. Für den Pakt zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender Schulen sollen zeitnah Bund-Länder-Verhandlungen beginnen. Die in der Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ dazu erarbeiteten Handlungsempfehlungen sind dafür eine gute Grundlage. Im Vordergrund stehen dabei die Modernisierung der technischen Ausstattung und eine verbesserte Sicherung des Lehrkräfte-Nachwuchses. Die zeitgemäße digitale Ausstattung der Berufsschulen und die Erreichbarkeit des Lehrpersonals sollen wie bei den anderen Schulformen mit den Mitteln des Digitalpaktes und des Corona-Aufholpakets sichergestellt werden. Gerade dort, wo Lehrpläne nicht eingehalten werden konnten oder Lernziele nicht erreicht wurden, sollen unkomplizierte Angebote geschaffen werden, die den Auszubildenden das Nachholen des Stoffes ermöglichen und gegebenenfalls auch eine Verlängerung der Ausbildungszeit ermöglichen. Hier sollten wir vor allem die Voraussetzungen für die Beantragung und den Abruf von Mitteln und Förderprogrammen in den Blick nehmen und gegebenenfalls vereinfachen.
6. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den zuständigen Kammern die Einhaltung der gesetzlichen Schutzvorgaben für die Auszubildenden zu überprüfen und aufzuarbeiten, wo es Verletzungen oder Überschreitungen zulasten der Auszubildenden gegeben hat.

Studierende

Die Studierenden haben in den letzten zwei Jahren erhebliche Belastungen erlebt. Das umfasst sowohl finanzielle Sorgen als auch psychosoziale Belastungen, Rückstände bei der innovativen und digitalen Lehre sowie die Einschränkung wichtiger studentischer Infrastruktur. An diesen Stellen besteht Handlungsbedarf.

Während der Pandemie sind für einige Studierende hohe finanzielle Belastungen entstanden. Diese resultieren u.a. aus dem Wegfall studentischer Jobs, der Notwendigkeit neuer technischer Studienausstattung sowie wirtschaftlicher Belastungen im familiären Umfeld. Mit der Überbrückungshilfe wurde ad hoc eine finanzielle Unterstützung von Studierenden eingerichtet, von der aber nicht genug profitiert haben. Auch hat sie offengelegt, dass es zu viele Studierende gibt, die schon vor der Pandemie arm waren.

Während das Leben an den Hochschulen vor der Pandemie von Austausch und aktiver Beteiligung geprägt war, wird seit zwei Jahren überwiegend in großer Anonymität aus dem Homeoffice heraus studiert.

Für viele Studierende entstehen dadurch Lernrückstände oder erhebliche psychische Belastungen, für die es passende Angebote braucht.

1. Mit der 27. BAföG-Novelle erhöhen wir den Teil der BAföG-Berechtigten erheblich und wollen als nächstes das BAföG strukturell reformieren. Daneben braucht es einen fest etablierten Not-hilfemechanismus im BAföG mit einem Zuschuss-Anteil von mindestens 50 Prozent. Auch bei künftigen Krisen sollen Verlängerungen der Regelstudienzeit bei der BAföG-Förderhöchst-dauer berücksichtigt werden.
2. Die psychosozialen Beratungsstellen an den Hochschulen waren bereits vor Corona knapp be-messen und können diese neue Situation nicht mehr auffangen. Deshalb setzen wir uns für deren Ausbau ein, ebenso wie für eine Erweiterung, um über mehrsprachige Beratungsangebote auch internationalen Studierenden psychologische Hilfe anbieten zu können. Gleichwohl können die Beratungsstellen an den Hochschulen keine psychotherapeutische Behandlung ermögli-chen. Um den durch Corona gestiegenen Bedarf an Psychotherapie nicht nur unter Studieren-den abzudecken, soll dieses Angebot ebenfalls insgesamt ausgebaut werden.
3. Auf den Ausbruch des Corona-Virus haben die deutschen Hochschulen sehr schnell und kon-sequent reagiert. Der Präsenzbetrieb wurde schnell flächendeckend eingestellt und digitale For-mate etabliert. Die Situation hat aber auch deutliche Defizite beim Stand der Digitalisierung an den Hochschulen gezeigt. Wir etablieren deshalb ein Bundesprogramm „Digitale Hochschule“ und wollen die Stiftung Innovation in der Hochschullehre weiter stärken. In den kommenden Monaten sollte der Fokus der Hochschulen auf sicherer Präsenzlehre mit einem guten Hygiene-konzept liegen. Weiterhin begrüßen wir das Angebot hybrider Lehrformate, um Studierenden mehr Flexibilität und Planbarkeit unter pandemischen Bedingungen gewährleisten zu können.
4. Die letzten Monate haben Defizite bei der studentischen Infrastruktur gezeigt, die angegangen werden müssen. Wir wollen den Campus als sozialen Begegnungsort stärken und unterstützen die Studenten- und Studierendenwerke in dieser Aufgabe. Wir begrüßen, wenn das Engagement von Studierenden honoriert wird, z.B. zur Anrechnung des Engagements als Leistungs-punkte/ECTS.
5. Die dual Studierenden waren von den Auswirkungen der Corona-Pandemie stark betroffen – an der Hochschule, im Betrieb und an der Berufsschule. Die Evaluierung des dualen Studiums nach der Novelle des Berufsbildungsgesetzes hat u.a. deutlich aufgezeigt, dass es insbesondere im Bereich der vertraglichen Absicherung von dual Studierenden sowie der Entlohnung und Quali-tätssicherung der Praxisphase noch Handlungsbedarf besteht, der zeitnah angegangen werden muss.

Ausgaben können im Rahmen der durch den Bundeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel geleistet werden.